

Landtagswahlen in Sachsen 1994 bis 2004: stärkere Landes- als Bundeseinflüsse

Anja Mays

Landtagswahlen werden sowohl in öffentlichen als auch in wissenschaftlichen Debatten gern als „kleine Bundestagswahlen“¹ oder „Bundestestwahlen“ bezeichnet, bei denen neben der jeweiligen Landesregierung auch die amtierende Bundesregierung auf dem Prüfstand steht. Dass bei der Wahlentscheidung häufig auch bundespolitische Motive eine Rolle spielen, bestreitet kaum jemand. Wissenschaftlich umstritten sind jedoch die Stärke bundespolitischer Einflüsse und die Frage, ob sich die Bedeutung dieser Einflüsse nach der Wiedervereinigung verändert hat.²

In der Literatur werden Effekte der Bundespolitik auch für den Freistaat Sachsen beschrieben. Demnach konnte die Union bei der ersten sächsischen Landtagswahl 1990 im Zuge der Wiedervereinigung von einem „Kohl-Bonus“ profitieren, während die SPD mit massivem bundespolitischem Gegenwind zu kämpfen hatte.³ Auch die historisch schlechten Wahlergebnisse der Sozialdemokraten in den Jahren 1999 und 2004 führen Wahlanalysen partiell auf die bundesweite Unzufriedenheit mit der rot-grünen Bundesregierung zurück.⁴ Die These vom Einfluss der Bundespolitik auf sächsisches Landtagswahlverhalten ist theoretisch zwar nachvollziehbar, empirisch bislang jedoch nicht überprüft. Dies soll im Folgenden mittels Individualdaten zu den Parteibindungen und den Kandidaten- sowie Sachfragenorientierungen auf Bundes- und Landesebene geschehen.

1. Wahlergebnisse der sächsischen Landtagswahlen 1990 bis 2004

Klare Gewinner der sächsischen Landtagswahlen seit 1990 waren die Christdemokraten (vgl. Tabelle 1). Mit ihrem Spitzenkandidaten *Kurt Biedenkopf* erreichte die Union in den 1990er Jahren bei allen drei Landtagswahlen die absolute Mehrheit, während die beiden größten Oppositionsparteien SPD und PDS weit abgeschlagen blieben. Besonders deutlich wird der Abstand zwischen Union und SPD im Jahr 1999 mit 46,2 Prozentpunkten.

- 1 Vgl. zum Beispiel <http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/8/0,1872,2292200,00.html>, zugegriffen am 18. Oktober 2006.
- 2 Vgl. *Daniel Hough* / *Charlie Jeffery*, Landtagswahlen: Bundestestwahlen oder Regionalwahlen?, in: *ZParl*, 34. Jg. (2003), H. 1, S. 79 – 94; *Reiner Dinkel*, Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen, in: *PVS*, 18. Jg. (1977), S. 348 – 359.
- 3 Vgl. *Ulrich H. Brümmer*, Parteiensystem und Wahlen in Sachsen. Kontinuität und Wandel von 1990 bis 2005 unter besonderer Berücksichtigung der Landtagswahlen, Wiesbaden 2006, S. 99.
- 4 *Eckhard Jesse*, Die Landtagswahl in Sachsen vom 19. September 1999, in: *ZParl*, 31. Jg. (2000), H. 1, S. 69 – 85, S. 80 f.; *Infratest Dimap*, Wahlreport Landtagswahl Sachsen 2004, Berlin 2004, S. 96 f.; *Eckhard Jesse*, Die sächsische Landtagswahl vom 19. September 2004: Debakel für CDU und SPD gleichermaßen, in: *ZParl*, 36. Jg. (2005), H. 1, S. 80 – 100.

Tabelle 1: Amtliche Wahlergebnisse der sächsischen Landtagswahlen, 1990 bis 2004 (Zweitstimmen in Prozent)

	1990	1994	1999	2004
CDU	53,8	58,1	56,9	41,1
PDS	10,2	16,5	22,2	23,6
SPD	19,1	16,6	10,7	9,8
Bündnis 90/Grüne ^a	5,6	4,1	2,6	5,1
FDP	5,3	1,7	1,1	5,9
NPD	0,7	-	1,4	9,2
Sonstige	5,3	3	5,1	5,3
Wahlbeteiligung	72,8	58,4	61,1	59,6

^a 1990: Neues Forum/Bündnis 90/Grüne.
Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen.

Im Wahljahr 2004 mussten die Christdemokraten – nach heftigen innerparteilichen Konflikten – mit dem neuen Ministerpräsidenten und Spitzenkandidaten *Georg Milbradt* starke Verluste von fast 16 Punkten in Kauf nehmen. Sie verfehlten damit die absolute Mehrheit im Land und gingen, da es für eine schwarz-gelbe Koalition nicht reichte, ein Bündnis mit der SPD als Juniorpartnerin ein.

Anders als der CDU gelang es der SPD in Sachsen bislang nicht, sich als Volkspartei zu etablieren. Im Gegenteil: Seit der ersten Landtagswahl mit der Spitzenkandidatin *Anke Fuchs* verloren die Sozialdemokraten kontinuierlich an Zustimmung. Startete die SPD 1990 mit knapp 20 Prozent der Stimmen, erreichte sie 2004 nur noch 9,8 Prozent – ein bei Landtagswahlen einmaliger Tiefststand. Damit lagen die Sozialdemokraten nur knapp vor der – erstmals im Sächsischen Landtag vertretenen – rechtsextremen NPD, die auf 9,2 Prozent der abgegebenen Stimmen kam. Eine zur SPD entgegengesetzte Entwicklung ist bei der PDS zu verzeichnen. 1990 erhielt sie 10,2 Prozent der Stimmen und konnte seitdem ihren Anteil bis 2004 auf 23,6 Prozent mehr als verdoppeln. Die „kleinen“ Oppositionsparteien FDP und Grüne fanden bisher nur wenig Zustimmung. Sie zogen 1990 beide in den Landtag ein und scheiterten ebenfalls beide 1994 und 1999 an der Fünf-Prozent-Hürde. Diese konnten beide 2004 wieder knapp überspringen. Die Wahlbeteiligung nach 1990 lag im niedrigen Bereich.

Vergleicht man die Wahlergebnisse zum Sächsischen Landtag mit den Resultaten, die die Parteien bei den jeweils nächstliegenden Bundestagswahlen im Land erreichten (vgl. Tabelle 2), so fallen die zum Teil sehr großen Unterschiede auf.

Die Werte des Differenzindex lassen erkennen, dass in den Jahren, in denen die Wahlen der Landes- und Bundesebene zusammenfallen (1990 und 1994), die Unterschiede im Wahlverhalten mit insgesamt 7,4 und 10,7 Prozentpunkten vergleichsweise niedrig ausfallen. Sehr hohe Werte zeigen sich dagegen für 1999 und 2004, als die Landtagswahlen zwischen zwei Bundestagswahlen stattfanden.⁵ Mit einem Differenzindex von 26,6 Prozent trifft dies vor allem auf die Landtagswahl von 1999 zu; sie fand genau zwölf Monate nach

5 Dies sind die Landtagswahlen der Jahre 1999 und 2004. Zu berücksichtigen ist hier allerdings, dass belastbare Aussagen zu längerfristigen Entwicklungen bei vier Messzeitpunkten kaum möglich sind.

Tabelle 2: Amtliche Wahlergebnisse der sächsischen Bundestagswahlen (Zweitstimmen in Prozent) und Differenzwerte zwischen Landtagswahlen (LTW) und den jeweils nächstliegenden Bundestagswahlen (BTW)

	BTW Dez. 1990	Differenz BTW/ LTW Dez. 1990/Okt.1990	BTW Okt. 1994	Differenz BTW/LTW Okt. 1994/Sept. 1994	BTW 1998	Differenz BTW/LTW 1998/1999	BTW 2002	BTW 2005	Differenz BTW/LTW 2005/2004
CDU	49,5	-4,3	48	-10,1	32,7	-24,2	33,6	30	-11,1
PDS	9	-1,2	16,7	+0,2	20	-2,2	16,2	22,8	-0,8
SPD	18,2	-0,9	24,3	+7,7	29,1	+18,4	33,3	24,5	+14,7
Grüne	5,9	+0,3	4,8	+0,7	4,4	+1,8	4,6	4,8	-0,3
FDP	12,4	+7,1	3,8	+2,1	3,6	+2,5	7,3	10,2	+4,3
NPD	0,3	-0,4	-	-	1,2	-0,2	1,4	4,8	-4,4
Sonstige	4,7	-0,6	2,4	-0,6	9	+3,9	3,6	2,9	-2,4
Wahlbeteiligung	76,2		72		81,6		73,7	75,7	
Differenzindex ^a		7,4		10,7		26,6			19,0

Lesehilfe: Bei der Bundestagswahl 1990 erreichte die Union in Sachsen einen Zweitstimmenanteil von 49,5 Prozent. Im Vergleich zur Landtagswahl 1990 erhielt die Union damit einen um 4,3 Prozentpunkte geringeren Stimmenanteil.

^a Der Differenzindex wird berechnet, indem die Veränderungen der prozentualen Stimmenanteile der Parteien zwischen den jeweiligen Wahlen addiert werden. Anschließend werden die Werte halbiert, um Doppelzählungen zu bereinigen. Dieser Wert unterschätzt generell das Ausmaß der Wählerverschiebungen, da nur die relativen Stimmenanteile berücksichtigt werden, nicht aber die Wählerbewegungen auf Basis der absolut abgegebenen Stimmen. Hinzu kommt, dass sich Wählerwanderungen zwischen zwei Parteien gegenseitig neutralisieren können. Außerdem wurden hier die sonstigen Parteien zusammengefasst.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen.

dem Berliner Regierungswechsel von 1998 statt. Vergleicht man die Differenzwerte für die einzelnen Parteien, so fallen vor allem zwei Befunde auf:

(1) Die Union schnitt bei allen Bundestagswahlen in Sachsen erheblich schlechter ab als bei den jeweils nächstliegenden Wahlen zum Landesparlament. Der stärkste Unterschied zeigt sich in den Jahren 1998 und 1999. Bei der Bundestagswahl 1998, als *Helmut Kohls* Regierung in Berlin die Mehrheit verlor, kam die Union in Sachsen nur auf 32,7 Prozent. Ein Jahr später erreichten die Christdemokraten im Land 56,9 Prozent der Stimmen und konnten damit im Vergleich zur Bundestagswahl ihren Stimmenanteil um mehr als die Hälfte verbessern⁶. Wegen der deutlich niedrigeren Beteiligung an der Landtagswahl liegt der absolute Stimmenzuwachs für die Union allerdings – vergleicht man die gültigen Stimmen der Landes- mit denen der Bundesebene – nur bei etwa 30 Prozent.

(2) Bei den Sozialdemokraten ist es umgekehrt. Während sie bei Landtagswahlen kontinuierlich an Stimmen verloren, konnten sie auf der Bundesebene bis zum Jahr 2002 stetig

6 Im Hinblick auf die vorangegangenen Landtagswahlen von 1994 war das Ergebnis allerdings ein leichter Verlust von 1,2 Prozentpunkten für die Union.

zulegen. Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 zum Beispiel erhielt die SPD gerade einmal 18,8 Prozent, 2002 war ihr Anteil auf 33,3 Prozent gestiegen. Damit lag sie in dem Jahr, in dem Irakkrieg und Elbefflut die beherrschenden Themen waren, auf fast gleicher Höhe mit der Union, die auf 33,6 Prozent kam. Die größten Stimmenverluste mussten die Sozialdemokraten bei der Landtagswahl 1999 hinnehmen: Verglichen mit der Bundestagswahl ein Jahr zuvor büßten sie fast 20 Prozentpunkte ein. Noch sehr viel dramatischer wird das Bild, wenn man die gültigen Stimmen als Grundlage nimmt: Nachdem die SPD bei der Bundestagswahl 1998 noch fast 850.000 Stimmen für sich verbuchen konnte, erreichte sie ein Jahr später bei der Wahl zum Landesparlament nur noch knapp über 230.000 Stimmen – ein Verlust von 72,4 Prozent der Wählerstimmen.

Die Tatsache, dass die SPD bei Bundestagswahlen deutlich mehr, die Union aber bedeutend weniger Stimmen in Sachsen erhält als bei Landtagswahlen, kann verschiedene Ursachen haben:

(1) Denkbar ist einerseits, dass die Landtagswähler überwiegend landesspezifisch motiviert entscheiden, während für sie bei Bundestagswahlen bundespolitische Faktoren im Vordergrund stehen. Das gute Abschneiden der Union bei den sächsischen Landtagswahlen könnte man demzufolge auf spezifische Landesfaktoren zurückführen, das heißt auf die im Land beliebten Spitzenkandidaten der CDU und die guten Werte der Partei im Bereich der Problemlösungskompetenzen. Auch die durchweg mageren Landtagswahlergebnisse für die Sozialdemokraten ließen sich nach dieser Lesart als „landestypisch“ interpretieren, deren hauptsächliche Ursachen in der Schwäche der sächsischen Landes-SPD und ihrer Spitzenkandidaten liegen.

Analog könnte man dazu die Bundestagswahlergebnisse der beiden Parteien als überwiegend „bundesspezifisch“ begründet deuten. Die im Vergleich zu den Landtagswahlen schlechten Resultate der Christdemokraten im Bund – insbesondere in den Jahren 1998 und 2002 – könnten folglich mit bundespolitischen Ursachen wie zum Beispiel dem Fehlen attraktiver Spitzenkandidaten erklärt werden. Auch die verhältnismäßig hohen Stimmenanteile der Sozialdemokraten auf Bundesebene ließen sich auf bundesspezifische Faktoren wie die Zugkraft des Kandidaten *Schröder* oder Themen wie den Irakkrieg zurückführen. Solche Aspekte waren 1998 und 2002 möglicherweise geeignet, um potentielle SPD-Wähler in Sachsen zu mobilisieren.

(2) Eine alternative beziehungsweise ergänzende Erklärung für die erheblichen Unterschiede zwischen dem Landtags- und Bundestagswahlverhalten der Sachsen bietet die These der so genannten Denkkzettelwahl. Danach nutzen die Bürger die Wahlen zu den Landesparlamenten – und andere so genannte Nebenwahlen –, um ihrer Unzufriedenheit mit den Leistungen der Bundesregierung Ausdruck zu verleihen. Der These zufolge erleiden die Parteien der amtierenden Bundesregierung vor allem in der Mitte ihrer Amtszeit stärkere Stimmenverluste auf der Landesebene, da in dieser Zeit die Zufriedenheit mit der jeweiligen Regierung im Bund in aller Regel deutlich abnehme.⁷ Zu Beginn oder am Ende einer Wahlperiode im Bund hingegen erreichten die Regierungsparteien auf Landesebene oft relativ gute Ergebnisse. Die schlechten Resultate der Sozialdemokraten 1999 und 2004

7 Vgl. *Simone Burkhart*, Parteipolitikverflechtung: Der Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen von 1976 bis 2002, MPIfG Discussion Paper 04/1 (2004), S. 14; *Charlie Jeffery* / *Daniel Hough*, The Electoral Cycle and Multi-Level Voting in Germany, in: *German Politics*, 10. Jg. (2001), S. 71.

(auch) als „Denkzettelwahl“ zu interpretieren, ist daher einleuchtend: Schon bald nach dem Regierungsantritt der rot-grünen Koalition im Bund 1998 wurden unpopuläre Entscheidungen in den Bereichen Wirtschafts-, Finanz- und Gesundheitspolitik getroffen. Die von den Sozialdemokraten konzipierte und schließlich von einer breiten Koalition aus SPD, Grünen, FDP und Union verabschiedete Arbeitsmarktreform „Hartz IV“ war – oder ist – insbesondere in Ostdeutschland unbeliebt und wurde dort auf etlichen „Montagsdemonstrationen“ attackiert. Vor diesem Hintergrund ist es durchaus plausibel, den Verlust von fast sechs Prozentpunkten, den die sächsischen Sozialdemokraten 1999 im Vergleich zur Landtagswahl von 1994 hinnehmen mussten, als ein Abstrafen der Regierung *Gerhard Schröder* zu werten. Auch fünf Jahre später, im Wahljahr 2004, verlor die sächsische SPD, allerdings nur noch knapp einen Prozentpunkt. Diese vergleichsweise geringere Einbuße dürfte maßgeblich mit dem für die Sozialdemokraten extrem niedrigen Ausgangsergebnis von 10,7 Prozent der Stimmen bei der Landtagswahl 1999 zusammenhängen. Bei einem derartig niedrigen Niveau gab es kaum noch Spielraum für größere Verluste.

2. Determinanten des Wahlverhaltens bei den sächsischen Landtagswahlen 1994 bis 2004⁸

Wie in den meisten anderen Länderbeiträgen in diesem Heft der ZParl wird auch hier der sozialpsychologische Ansatz mit seiner Determinantentriasis aus (langfristiger) Parteiidentifikation sowie (kurzfristiger) Kandidaten- und Themenorientierung zugrunde gelegt.⁹ Aus Untersuchungen der letzten fünfzehn Jahre ist bekannt, dass der Anteil der Parteigegebenen in Ostdeutschland rund zehn Prozentpunkte geringer ausfällt als in Westdeutschland.¹⁰ Nach den Daten der Landtagswahlstudien lassen sich im Untersuchungszeitraum zwischen knapp 50 und 63 Prozent der Befragten in Sachsen als grundsätzlich parteigegebenen bezeichnen. Die Verteilung der Parteiidentifikation in Sachsen fällt dabei eindeutig zugunsten der Union aus und spiegelt tendenziell die Wahlergebnisse im Land wider. Allerdings sind vor allem für die Christdemokraten stärkere Schwankungen zu beobachten (1994: 22,8; 1999: 43,0; 2004: 29,5 Prozent). Den Sozialdemokraten neigten zwischen 8,3 Prozent 1999 und 13,1 Prozent 1994 zu (2004: 10,5), während sich mit der PDS 1994 7,5 Prozent, 1999 8,5 und 2004 9,7 Prozent identifizierten.

- 8 Die folgenden Darstellungen beziehen sich auf drei Wahlstudien, die jeweils im Vorfeld der sächsischen Landtagswahlen in den Jahren 1994, 1999 und 2004 durchgeführt wurden (ZA-Nr. 2511, 3897 und 3994). Für die Landtagswahl 1990 liegt zwar ebenfalls eine Wahlstudie vor, da jedoch etliche relevante Variablen in dieser Studie fehlen, bleibt die erste sächsische Landtagswahl bei dieser Analyse unberücksichtigt.
- 9 Vgl. dazu die Ausführungen von *Oscar W. Gabriel* und *Everhard Holtmann* in diesem Heft der ZParl sowie *Angus Campbell* / *Philip E. Converse* / *Warren E. Miller* / *Donald E. Stokes*, *The American Voter*, New York 1960.
- 10 Vgl. *Jürgen W. Falter* / *Harald Schoen* / *Claudio Caballero*, Dreißeig Jahre danach: Zur Validierung des Konzepts ‚Parteiidentifikation‘ in der Bundesrepublik, in: *Markus Klein* / *Wolfgang Jagodzinski* / *Ekkehard Mochmann* / *Dieter Ohr* (Hrsg.), *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten*, Wiesbaden 2000, S. 235 – 271; *Kai Arzheimer* / *Jürgen W. Falter*, Goodbye Lenin? Bundes- und Landtagswahlen seit 1990: eine Ost-West-Perspektive, in: *Jürgen W. Falter* / *Oscar W. Gabriel* / *Bernhard Wessels* (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*, Wiesbaden 2005, S. 244 – 283.

Neben der langfristigen Parteibindung sollten beim Landtagswahlverhalten auch landes- und bundesspezifische Effekte eine Rolle spielen. Zu den landesspezifischen Effekten zählen die Kandidaten- und Sachfragenorientierungen¹¹ sowie die Bewertung der jeweiligen Landesregierung und die Einstellungen zu den Landesparteien. Da in den neuen Bundesländern langfristige Parteibindungen seltener anzutreffen und zudem weniger stabil ausgeprägt sind, also als stabilisierender ‚Puffer‘ – so die Vorstellung – wegfallen, reagierten ostdeutsche Wähler eher auf aktuelle politische Ereignisse und ließen sich in ihrer Wahlentscheidung leichter von charismatischen Kandidaten oder überzeugend vorgetragenen Lösungsvorschlägen leiten.¹²

In Sachsen ist die Union in allen landespolitischen Punkten die politisch führende Kraft. Als ‚König Kurt‘ gelang es *Biedenkopf* von Beginn an, sich als überaus beliebter Landesvater zu etablieren, und weder SPD noch PDS vermochten es, einen ernstzunehmenden Herausforderer aufzustellen. Schon die Bekanntheitswerte der Gegenkandidaten waren für die Oppositionsparteien mehr als enttäuschend. 2004 zum Beispiel waren gerade einmal 17 Prozent der Befragten in der Lage, den SPD-Spitzenkandidaten *Thomas Jurk* zu nennen. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass sowohl *Biedenkopf* (1994: 73,12 und 1999: 89,89 Prozent) als auch später *Milbradt* (2004: 81,83 Prozent) als präferierte Ministerpräsidenten weit vorn lagen.

Aber nicht nur in der Kandidatenfrage schnitten die Christdemokraten in allen drei Wahljahren mit Abstand am besten ab. Auch in den als besonders wichtig angesehenen Problembereichen „Wirtschaft“ und „Arbeitsmarktpolitik“ und in der Frage, welche Partei am ehesten die Probleme der Zukunft in Sachsen lösen kann, trauten die sächsischen Bürger der Union erheblich mehr zu als den konkurrierenden Parteien.¹³ Zwischen 1999 und 2004 ließen die Kompetenzwerte der CDU etwas nach, allerdings ohne dass die Oppositionsparteien SPD und PDS maßgeblich davon profitieren konnten (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Den Landesparteien zugeschriebene Problemlösungskompetenzen in Sachsen, 1999 und 2004 (in Prozent)

	Zukunft		Wirtschaft		Arbeitslosigkeit	
	1999	2004	1999	2004	1999	2004
CDU	71,5	57,7	67,7	54	49,5	44,2
PDS	8,5	6,1	5,8	5,2	9,3	5,9
SPD	5,4	8,9	3,5	6	6,1	5,2
Andere	1,5	7,3	1	4,2	2,1	5,5
keine	13,2	20,1	22	30,6	33	39,2

Abweichungen von 100 Prozent durch Rundungen.

Da sich das Frageformat in der Landtagswahlstudie 1994 deutlich von den beiden anderen Studien unterscheidet, werden hier nur die Ergebnisse für die Jahre 1999 und 2004 wiedergegeben.

Quelle: ZA2511, ZA3897, ZA3994.

11 Die Sachfragen werden hier als landesspezifische Issues gewertet, da aus den Frageformulierungen hervorgeht, dass es sich um Landesthemen handelt.

12 Vgl. *Kai Arzheimer / Jürgen W. Falter*, a.a.O.

13 Lediglich im Bereich „Wohnungspolitik“ lag die SPD in der Kompetenzfrage 1994 knapp vor der Union (tabellarisch nicht ausgewiesen).

Dem klaren Vorsprung der Union in den Punkten Kandidaten und Problemlösungskompetenz entsprechen sowohl die positive Bewertung der sächsischen Regierungsleistungen in sämtlichen Befragungsjahren als auch die Einschätzung der Landesparteien. Auf einem elfstufigen Zufriedenheitsskalometer erreichte die Unionsregierung beziehungsweise die Landesunion durchweg gute Zensuren (zwischen 7,24 und 8,32 beziehungsweise 7,26 und 8,84), während die Bewertung der Oppositionsparteien SPD (zwischen 5,68 und 6,41) und PDS (zwischen 5,07 und 5,71) im mittleren Bereich liegt und damit deutlich abfällt.

Auf die Frage, ob für die Wahlentscheidung die Landes- oder die Bundespolitik wichtiger sei, antworteten sowohl 1999 als auch 2004 jeweils knapp über vierzig Prozent der Befragten, die Politik im Bund sei von größerer Bedeutung. Dies kann als deutlicher Hinweis auf bundespolitische Motive bei Landtagswahlen gewertet werden. Differenziert man bei dieser Frage nach Wahlabsicht (vgl. Tabelle 4), so zeigt sich, dass Unionswähler nach eigenen Angaben deutlich häufiger landespolitisch motiviert wählten. Bei den SPD-Wählern überwog der Anteil derjenigen, die die Bundespolitik für wichtiger hielten. Die PDS-Wähler urteilten uneinheitlich: 1999 hielten sie mehrheitlich die Landespolitik und 2004 die Bundespolitik für ihre Wahlentscheidung für bedeutsamer.

Tabelle 4: Zustimmung von Befragten in Sachsen zur Aussage: Bundespolitik wichtiger als Landespolitik, nach Wahlabsicht getrennt, 1999 und 2004 (in Prozent)

Wahlabsicht	CDU	PDS	SPD	FDP	Grüne	NPD
1999	38,1	46,9	57,4	28,6	43,5	25
2004	32,9	54,8	55,0	42,2	33,3	60,0

Quelle: ZA2511, ZA3897, ZA3994.

Als Variablen zur Messung bundespolitischer Einflüsse stehen in den Datensätzen kontinuierlich nur die Zufriedenheit mit der Leistung der jeweiligen Bundesregierung und die Beurteilung der Bundesparteien zur Verfügung. Insgesamt bewerten die Sachsen die Regierungsleistungen im Bund deutlich schlechter als im Land (vgl. Tabelle 5). Dieser Befund gilt sowohl für die schwarz-gelbe Bundesregierung des Jahres 1994 als auch für die Regierungen unter roter Federführung nach 1998. Besonders negativ werden die rot-grünen Regierungen in Berlin 1999 und 2004 eingeschätzt. Bei der Bewertung der Bundesparteien schneidet die Union – wie auch im Falle der Landesparteien – größtenteils besser ab als SPD und PDS. Allerdings ist der Vorsprung der CDU hier nicht ganz so stark ausgeprägt wie auf Landesebene. Vergleicht man die Noten der Bundes-Union mit denen der Bundes-SPD beziehungsweise der Bundesregierung, so kann für die Wahl 1999 und (in begrenztem Umfang) auch für die von 2004 ein Bundeseffekt zugunsten der Christdemokraten angenommen werden.

Tabelle 5: Bewertung der Regierungsleistung sowie der Bundesparteien durch sächsische Wähler, 1994 bis 2004 (Mittelwerte einer elfstufigen Skala)

Jahr	Bundesregierung	Bundes-CDU	Bundes-SPD	Bundes-PDS
1994	6,14	6,53	6,50	-
1999	4,69	8,04	5,82	5,21
2004	5,32	7,17	5,98	5,47

Quelle: ZA2511, ZA3897, ZA3994.

3. Der Einfluss bundespolitischer Faktoren auf das Wählerverhalten bei sächsischen Landtagswahlen

Mithilfe logistischer Regressionsrechnung¹⁴ lässt sich untersuchen, ob unter Kontrolle anderer wichtiger Einflussgrößen statistisch signifikante Bundeseffekte bei den Wahlen zu den Sächsischen Landtagen vorliegen. Die folgende Analyse erklärt die beabsichtigte Wahlentscheidung zwischen CDU, SPD beziehungsweise PDS einerseits und den jeweils anderen Parteien andererseits. Die Schätzung der bundespolitischen Einflüsse auf die Wahlabsicht geschieht mit Hilfe der beiden oben beschriebenen Variablen zur Bundespolitik: „Bewertung der amtierenden Bundesregierung“ und „Parteiskalometer Bund“.¹⁵ Ferner werden als zentrale Kontrollvariablen „Bewertung der amtierenden Landesregierung“ und „Parteiskalometer Land“¹⁶ sowie die langfristige Parteibindung verwendet. In Tabelle 6 wird die Erklärungskraft von Bundes- und Landesfaktoren sowie Parteiidentifikation bei den Wahlen zum Sächsischen Landtag dargestellt. Die aufgeführten Werte (das so genannte Pseudo-R²) geben an, wie hoch der Anteil der Variation der jeweiligen Wahlabsicht in Prozent ist, der durch die einzelnen Faktoren erklärt wird: je höher die Werte, desto bedeutsamer sind die jeweiligen Bestimmungsgründe.¹⁷

- 14 Es werden hier die Ergebnisse der binären logistischen Regression vorgestellt, da die Darstellung der multinomialen Modelle sehr unübersichtlich ist. Berechnungen mittels der multinomialen Regression zeigen jedoch vergleichbare Ergebnisse – auch wenn die dabei verwendete Referenzkategorie eine andere ist.
- 15 Andere Variablen zur Messung des Bundeseinflusses liegen in den drei Datensätzen leider nur vereinzelt vor. Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl und die Kanzlerpräferenz wurden nur 1994, nicht aber 1999 und 2004 erhoben. Fragen zu Problemlösungskompetenzen auf Bundesebene liegen in keiner Studie vor.
- 16 Die Landesvariablen „Kandidatenskalometer“ und „Problemlösungskompetenzen“ werden hier nicht in die Analyse aufgenommen, da entsprechende Bundesvariablen nicht zur Verfügung stehen. Da die Anzahl der verwendeten bundes- und landespolitischen Variablen gleich ist, wird eine möglichst große Vergleichbarkeit der Einflüsse beider Variablengruppen auf das Wahlverhalten gesichert.
- 17 Bei den angegebenen Werten handelt es sich um die so genannten vorsichtig geschätzten Effekte. Dabei ist zu beachten, dass die so ermittelten Effekte Minimalwerte darstellen, die die tatsächliche Einflusstärke der jeweiligen Faktoren vermutlich unterschätzen. Sie werden berechnet, indem die Wirkung der anderen relevanten Faktoren auf die Landtagswahlentscheidung „herausgerechnet“ beziehungsweise kontrolliert wird. Da die Effekte der Bundespolitik eng mit landespolitischen Einflüssen und der Parteibindung verwoben sind, lassen sich die realen Effekte der verschiedenen Faktoren nicht genau beziffern. Die Bewertungen der Landesparteien beispielsweise dürften nicht unabhängig sein von der langfristigen Parteibindung. Hat nun die Bewertung der Landesparteien einen Einfluss auf die Landtagswahlentscheidung, dann lässt sich nicht exakt bestimmen, inwieweit es sich um die Wirkung landespolitischer Einstellungen handelt oder um Effekte der Parteibindung. Neben den vorsichtig geschätzten Effekten lassen sich auch die so genannten optimistischen Schätzungen berechnen. Diese ermitteln die jeweils größtmöglichen Effekte der betreffenden Faktoren (tabellarisch nicht ausgewiesen). Die Berechnung dieser Schätzung bestätigt im Wesentlichen die oben beschriebenen Befunde. Vgl. *Anja Mays*, Bundespolitische Effekte oder regionale Besonderheiten? Zum Einfluss der Bundespolitik auf die sächsischen Landtagswahlen, in: *Kerstin Völkl | Kai-Uwe Schnapp | Oscar W. Gabriel | Everhard Holtmann* (Hrsg.), *Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden 2007 (i.E.).

Tabelle 6: Determinanten der Wahlentscheidung bei Landtagswahlen in Sachsen, 1994 bis 2004 (McFaddens Pseudo-R²)

	CDU			SPD			PDS		
	1994	1999	2004	1994	1999	2004	1994	1999	2004
Bundeseinfluss	1,8	2,9	0,7	2,1	5,1	4,5	0,2 n.s.	0,5 n.s.	0,0 n.s.
Landeseinfluss	2,5	2,2	1,3	1,2	3,1	1,5	10,3	2,4	4,6
Parteiidentifikation	12,9	15,7	19,5	19,1	16,4	12	14,1	21,9	15,3
Pseudo-R ² Gesamt	53,4	63,2	49,2	46,0	50,9	37,4	59,1	62,5	48,7

Signifikant mit $p \leq 0,05$; n.s.: nicht signifikant.
 Lesehilfe: Im Jahr 1994 kann 1,8 Prozent der Variation der Wahlabsicht CDU versus Wahlabsicht andere Parteien durch bundespolitische Faktoren erklärt werden. Die landespolitischen Orientierungen können im gleichen Jahr 2,5 Prozent der Variation der Wahlabsicht CDU erklären.

Insbesondere die langfristige Parteibindung übt einen erheblichen Einfluss auf die Wahlabsicht für das Dresdner Parlament aus. Der Effekt der Parteiidentifikation bewegt sich zwischen zwölf (2004, SPD) und knapp 22 Prozent (1999, PDS) der so genannten erklärten Variation. Für die Wähler ist – vergleicht man die Wirkung der Parteiidentifikation mit den Einflüssen der Landes- und der Bundespolitik – die langfristige Bindung an eine Partei offensichtlich das stärkste Motiv für ihre Wahlentscheidung. Dieser Befund gilt prinzipiell für alle drei untersuchten Parteien, am deutlichsten ausgeprägt ist der Effekt jedoch bei Wählern der PDS. Für die Wähler der Christdemokraten fällt auf, dass die Wirkung der Parteibindung im Zeitverlauf ansteigt. Dies deutet darauf hin, dass sich die Union in Sachsen zunehmend auf Stammwähler stützen kann. Bei den Wählern der Sozialdemokraten hingegen nimmt die Bedeutung der Parteibindung ab. Die SPD in Sachsen ist augenscheinlich immer weniger in der Lage, Stammwähler zu halten.

Die Schätzergebnisse zur Bedeutung der Bundespolitik bei sächsischen Landtagswahlen zeigen, dass die Höhe der Bundeseinflüsse sowohl mit den Jahren als auch zwischen den einzelnen Parteien variiert. Grundsätzlich bestätigt sich die Annahme, nach der bei Landtagswahlen eigenständige Bundeseinflüsse vorliegen. Allerdings fallen die Ergebnisse für die drei untersuchten Parteien recht unterschiedlich aus: Das Pseudo-R² als Gewicht für die Erklärungskraft der bundespolitischen Orientierungen beträgt zwischen 0,0 Prozent für die Wahlabsicht PDS im Jahre 2004 und 5,1 Prozent für die Sozialdemokraten im Jahr 1999. Für die PDS können zu keinem Zeitpunkt signifikante Bundeseffekte festgestellt werden, das heißt weder zu Zeiten der schwarz-gelben noch der rot-grünen Bundesregierung sind bundespolitische Einstellungen für die Wähler der PDS relevant. CDU-Wähler werden in ihrer Entscheidung insgesamt etwas stärker durch die Bundespolitik beeinflusst. Allerdings sind auch bei ihnen Bundeseffekte nur sehr schwach ausgeprägt. Die relativ stärksten Einflüsse bundespolitischer Orientierungen zugunsten der Union treten im Wahljahr 1999 auf. Somit lässt sich das herausragende Wahlergebnis der sächsischen CDU in diesem Jahr unter anderem auf die Unzufriedenheit mit der rot-grünen Bundesregierung zurückführen. Diese Landtagswahl kann damit auch als Denkmittelwahl gegen die *Schröder*-Regierung interpretiert werden.¹⁸

18 Vgl. auch *Eckhard Jesse*, a.a.O. (1999).

Fünf Jahre später bietet sich hingegen ein anderes Bild: Obwohl im Bund seit sechs Jahren eine bei den Sachsen nicht sehr beliebte rot-grüne Koalition regierte (vgl. Tabelle 5), scheint die Union im Jahr 2004 nicht sonderlich von einer Überlagerung durch bundespolitische Effekte profitiert zu haben. Plausibel wird dieses Ergebnis, wenn man sich die durchschnittliche Bewertung der Bundesunion zu diesem Zeitpunkt in Erinnerung ruft (vgl. Tabelle 5): Zwischen 1999 und 2004 verlor sie bei den sächsischen Wählern fast einen Punkt an Zustimmung. Es ist anzunehmen, dass insbesondere die Haltung der Union zur Reformpolitik der Bundesregierung beziehungsweise den „Hartz-Reformen“ auf wenig Gegenliebe gestoßen ist. So mancher ehemalige CDU-Wähler könnte aus diesem Grunde der Landespartei den Rücken gekehrt haben. Der erhebliche Verlust von fast 16 Prozentpunkten, den die sächsische Union zwischen den Landtagswahlen 1999 und 2004 hinnehmen musste, lässt sich so zumindest teilweise erklären.

Die durchweg stärksten Bundeseinflüsse lassen sich für die Wähler der Sozialdemokraten beobachten. Damit bestätigt sich der bivariate Befund, nach dem die SPD-Wähler den bundespolitischen Faktoren eine besondere Bedeutung beimessen (vgl. Tabelle 4). Insbesondere in den Jahren der Berliner *Schröder*-Regierung schienen die SPD-Wähler bundespolitisch motiviert zu sein: Mit einem Pseudo-R²-Wert von 5,1 beziehungsweise 4,5 Prozent für die Wahlabsicht SPD liegt die Erklärungskraft der Bundesvariablen in den Jahren 1999 und 2004 mehr als doppelt so hoch wie 1994 (2,1 Prozent). Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass die (wenigen) noch verbliebenen sächsischen SPD-Wähler bei den Landtagswahlen, die in eine rot-grüne Bundeslegislaturperiode fallen (also in den Jahren 1999 und 2004), der Partei auch ihre Stimme gaben, um ihre Sympathie mit der Bundesregierung auszudrücken.

Für die These einer „Protestwahl“ sprechen die starken Gewinne der NPD sowie die niedrige Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2004. Da der Anteil der NPD in der Wahlumfrage mit 3,5 Prozent jedoch erheblich unterschätzt wird, lässt sich die These im Hinblick auf diese Wähler mit den vorliegenden Daten nicht sinnvoll überprüfen. Gleiches gilt für die Vermutung, dass ehemalige SPD-Wähler aus Protest gegen die rot-grüne Bundesregierung der Wahl fern blieben. Auch der Anteil der Nichtwähler wird – wie bei Umfragedaten üblich – massiv unterschätzt¹⁹.

Vergleicht man die Werte der bundespolitischen Einflüsse mit denen der landespolitischen, so ergeben sich alles in allem etwas stärkere Landeseffekte, die für alle drei Parteien beobachtet werden können. Die stärksten Effekte zeigen sich dabei für die Wähler der PDS. Für sie bewegt sich die Erklärungskraft landespolitischer Faktoren zwischen knapp 2,4 (1999) und 10,3 Prozentpunkten (1994). Landesspezifische Motive sind für PDS-Wähler somit sehr viel gewichtiger als bundespolitische. Aber auch für die Wähler der Union scheint der Einfluss der Landespolitik insgesamt etwas stärker zu sein als die Politik auf Bundesebene. 1994 und 2004 liegen die landesspezifisch begründeten Effekte etwas über denen des Bundes. Die schwächsten Landeseinflüsse ergeben sich für die Wähler der Sozialdemokraten – ein Ergebnis, das angesichts der unbekanntenen beziehungsweise wenig beliebten SPD-Kandidaten und der schlechten Zensuren der Landespartei nicht weiter überrascht.

19 Im Jahr 2004 etwa erklärten in der Umfrage gerade einmal 4,1 Prozent der Befragten, nicht zur Wahl zu gehen. Der tatsächliche Nichtwähleranteil lag dagegen bei 40,4 Prozent.

4. Zusammenfassung

- (1) Bei den sächsischen Landtagswahlen von 1994 bis 2004 liegen eigenständige, aber nur schwache Bundeseinflüsse (operationalisiert als Bewertung der Bundesregierung und der Bundesparteien) vor. Die stärksten zeigen sich für die Wähler der Sozialdemokraten, gefolgt von denen für die Wähler der Union. Eine „Denkzettelthese“ zugunsten der CDU kann für die Landtagswahl 1999 bestätigt werden. Im Wahljahr 2004 hingegen profitierten die Christdemokraten kaum von der bundespolitischen Großwetterlage. Auch die PDS konnte aus der bundespolitischen Unzufriedenheit weder 1999 noch 2004 einen besonderen Nutzen ziehen. Ihre Wähler erwiesen sich hauptsächlich als parteigebunden und landespolitisch motiviert.
- (2) Im Bundesland Sachsen scheint den regionalen Faktoren große Bedeutung zuzukommen: Landespolitische Einflüsse (operationalisiert als Bewertung der Landesregierung und der Landesparteien) können für alle drei Wahljahre und alle drei Parteien festgestellt werden. Sie sind etwas stärker ausgeprägt als die Wirkung bundespolitischer Einstellungen, was insgesamt auf die Eigenständigkeit der sächsischen Landtagswahlen hinweist. Am deutlichsten fallen die Landeseffekte für die ostdeutsche Regionalpartei PDS und die mit dezidiert sächsischer Ausrichtung auftretende Union aus. Dieses Ergebnis ist durchaus plausibel, da sich offenbar in Sachsen seit 1990 ein starkes „Wir-Gefühl“ beziehungsweise eine „Sachsen-Identität“ entwickelt hat.²⁰ Die erheblichen Unterschiede im Wahlverhalten zwischen der Landes- und der Bundesebene sowie die herausragende Stärke der CDU beziehungsweise die damit korrespondierende Schwäche der SPD im Land können somit zum großen Teil als regionale Besonderheiten aufgefasst werden.
- (3) Verglichen mit dem Einfluss der langfristigen Parteibindung erweisen sich jedoch sowohl Bundes- als auch Landeseffekte insgesamt als sehr schwach. Allerdings ist die Parteiidentifikation für die drei untersuchten Parteien unterschiedlich stark ausgeprägt und variiert im Zeitverlauf. Sie entfaltet am meisten Wirkung bei Wählern der PDS. Dies deutet auf deren deutliche ‚Milieuverhaftung‘ hin.

20 Vgl. *Ulrich H. Brümmer*, a.a.O.